

"Politik mit uns oder ohne uns"

Autor(en): **Vogel, Paul Ignaz / Müller, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **59 (1980)**

Heft 1

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347669>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Politik mit uns oder ohne uns»



«Prognos», Europäisches Zentrum für angewandte Wirtschaftsforschung veranstaltete das Prognos Symposium '79 zu aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Unternehmenspolitik. Es war aus Anlass des zwanzigjährigen Bestehens der Prognos AG in Basel durchgeführt worden und untersuchte und filtrierte «Politik und Unternehmen vor den Verteilungsproblemen der achtziger Jahre». «Mangel und Überfluss» hiess das Motto der Zusammenkunft.

Am Anfang der achtziger Jahre mögen die Fragen, die in den Raum gestellt worden sind, aufgenommen werden. Der wirtschaftliche Konzentrationsprozess hat in

unserm Lande auch zu neuen Ungleichgewichten geführt: Arbeitnehmer müssen Schlange stehen, nachdem im Einverständnis mit den Verbänden die Löhne gesenkt worden sind, um die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen, wie ein Behördemitglied am Symposium mitteilte. Andererseits sind Berufe im kaufmännischen Sektor durch einseitige Überlastung bedroht, die Arbeit stresst und entnervt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Entwicklung der Mikroprozessortechnik bedroht nun auch diese Arbeitsplätze. Doch vor der grossen Rationalisierungswelle im kaufmännischen Sektor scheint es, dass noch ein besonderer Arbeitseinsatz verlangt wird, der den Chefs selbstverständlich scheint. So werden denn bald einmal Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich pausenlos eingesetzt haben, das austrinken, was süss schmeckt, aber zu Bitternis Anlass geben kann. Dummes Schlangenstehen auch für Akademiker, die von hinten gestossen werden. «Studiert, studiert», hiess es am Symposium, «und wenn sie abgeschlossen haben, erpressen sie den Staat». Diese harten Worte aus dem Munde eines Ökonomen bedürfen sicher der ruhigen und sachlichen Abklärung.

Fragen, die am «Prognos»-Symposium im Raume standen, habe ich zusammengefasst und in offener, unverbindlicher Form dem Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Dr. Richard Müller, gestellt.

Was sagst Du zum Thema «Mangel und Überfluss» im schweizerischen Bereich?

In der Schweiz gibt es einen Überfluss von Geld auf den Banken, es besteht eine sehr schlechte Vermögens- und Einkommensverteilung. 41 Pro-

zent der Steuerpflichtigen verdienen weniger als 25 000 Franken pro Jahr, 652 natürliche Personen mehr als eine Million Franken, im Durchschnitt zwei Millionen Reineinkommen pro Jahr. Rund 25 Prozent der Wehrsteuerpflichtigen haben weniger als 20 000 Franken Reineinkommen. Das zeigt die Wohlstandsunterschiede bei uns. Es ergeben sich auch erhebliche Unterschiede regional. In Basel-Stadt ist das Volkseinkommen pro Einwohner über 27 000, in Appenzell I.-Rh. etwas über 13 000 Franken. Ein Beweis, wie ungleich der Reichtum verteilt ist. Es gibt 1720 Steuerpflichtige, die zwischen einer halben Million und einer Millionen verdienen. Auch wenn man die Berechtigung gewisser Einkommensunterschiede anerkennt, so glaube ich, dass niemand sagen kann, er verdiene durch seine Arbeit im Jahr eine Million bis zwei Millionen Franken, während gleichzeitig über 50 000 Steuerpflichtige weniger als 10 000 Franken verdienen. Es gehört nach meiner Meinung zu den wesentlichen Aufgaben auch der Gewerkschaften, diese krassen Einkommensunterschiede zu verringern. Das kann durch die Steuerpolitik und eine fortschrittliche Sozialpolitik geschehen.

Zu sagen ist auch, dass die Schweiz zu wenig im Bereich der Entwicklungspolitik macht, das ist eindeutig. Man muss sich auch fragen, ob immer die richtige Entwicklungspolitik gemacht wird.

Diskutiert wird auch die Standortfrage für Arbeitsplätze, Fragen der Verteilung auf den ländlichen Raum und auf das Verdichtungsgebiet. Welche Folgen ergeben sich zum Beispiel für die Kantone Basel-Stadt und Appenzell I.-Rh.?

Angaben über Basel-Stadt und Appenzell I.-Rh. sind Durchschnittszahlen. In Basel-Stadt gibt es auch erhebliche Unterschiede, aber es ist notwendig, dass man verhindert, die ganze wirtschaftliche Kraft in einigen Grossstädten zu konzentrieren und zurückgebliebene Regionen sowohl in bezug auf das Einkommen als auch auf die Arbeitsplätze immer weiter zurückzustellen. Ein wirtschaftlicher Ausgleich zwischen Regionen ist dringend notwendig. Etwas gemildert werden die Einkommensunterschiede durch die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten, aber sie werden bei weitem nicht ausgeglichen.

Gibt es Engpässe auf dem Arbeitsmarkt schon heute, wird es sie kurzfristig, mittelfristig oder langfristig geben?

In hochentwickelten Gebieten unseres Landes gibt es Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, vor allem bei qualifizierten Arbeitnehmern. Eine bessere regionale Verteilung des Arbeitsangebotes könnte auch hier Abhilfe schaffen. Über die künftige Entwicklung des Arbeitsmarktes gehen die Meinungen auseinander. Nach einer Meinung schafft die Einführung neuer Technologien (Mikroprozessoren) eine Arbeitslosigkeit von 200 000 bis 250 000 Einheiten. Andererseits ist unser Volkswirtschaftsdirektor weniger

pessimistisch, lehnt diese Voraussetzungen ab und erklärt, jede neue Technologie habe auch wieder Arbeitsplätze geschaffen. Im internationalen Vergleich haben wir heute eine äusserst geringfügige Arbeitslosigkeit, gerade deshalb ist aber das Schicksal derjenigen, die keine Stelle finden, um so schwerer, weil sie als Versager gebrandmarkt werden. Das zeigen unter anderem Erhebungen bei den Firestone-Arbeitern. Vor allem die Älteren unter ihnen und die Angelesenen finden kaum eine Stelle, und wenn, dann nur mit erheblicher Lohneinbusse. Der SGB wird mit aller Kraft auch in den kommenden Jahren für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung eintreten, das ist mit ein Ziel unserer Ferieninitiative.

Wie sieht es mit dem neuen Berufsbildungsgesetz aus?

Der SGB setzt sich dafür ein, dass die Möglichkeiten, die das an sich ungenügende Gesetz bietet, voll ausgeschöpft werden.

Wie schätzt Du die politische Stabilität in der Schweiz, in Europa und in der Welt ein?

Die letzten Wahlen haben bewiesen, dass die politische Stabilität in der Schweiz nach wie vor – leider möchte ich sagen – beispielhaft ist. Die progressiven Kräfte konnten sich nicht so durchsetzen wie man das erhoffte. Im übrigen westlichen Europa ist die Lage durch schwache Regierungsmehrheiten gekennzeichnet. Im Norden ist die Stabilität ohne Zweifel weit grösser als im Süden, das heisst in Italien, Portugal und teilweise auch in Spanien. Wenn wir die Dinge im Weltmassstab betrachten, so sind sehr schwierige Aufgaben in naher Zukunft zu lösen, dazu gehört das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd, die schleppenden Verhandlungen über eine weltweite Abrüstung, die ungehemmte Bevölkerungsexplosion, die mit einer Ursache der zunehmenden und immer gefährlicher werdenden Umweltverschmutzung bildet, sowie die Erschöpfung der Ressourcen unserer Erde. Wenn das Wachstum überhaupt und das Bevölkerungswachstum ungehemmt im gleichen Rhythmus weitergeht, so sind die Überlebenschancen der Menschheit schon in wenigen Jahrzehnten stark gefährdet. Das muss auch unserer Bevölkerung klar gemacht werden, die sich viel zu wenig um Fragen kümmert, die im Grunde genommen nur im Weltmassstab gelöst werden können. Wir leben nicht auf einer einsamen Insel, wir sind Teil der Menschheit.

Was bedeutet die Politisierung der Gewerkschaften? Und welchen Grund hat dies?

Die Politik bestimmt unser Leben, ob wir es wollen oder nicht. Entweder macht man Politik mit uns oder ohne uns. Die Politik setzt auch den Rahmen für die gewerkschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten. Deshalb darf keine Gewerkschaft die Politik ignorieren.

Was sagst Du zur Überbezahlung von Fachkräften, die im Ausland in schweizerischen Tochterfirmen arbeiten?

Zuerst muss man wissen, was unter Überbezahlung verstanden werden soll, dann muss man die betreffenden Verhältnisse im Lande kennen, die Lebensumstände.

An und für sich kenne ich keine Schweizer Firma, die einem Arbeitnehmer zu viel bezahlt. Ich kenne nur viele Firmen, die tüchtigen Leuten zu wenig bezahlen. Eine anständige Entlohnung hervorragender Fachkräfte ist meiner Meinung durchaus in Ordnung.

Erbeten wird eine Stellungnahme zum Vorschlag, Arbeitskraft als flexiblen Produktionsfaktor anzusehen. Die Einkommensbezüger hätten dann nicht jeden Monat ein gleich hohes fixes Gehalt, weil die Arbeitnehmer je nach Auftragslage arbeiten würden, hörte man am «prognos»-Symposium sagen.

Ein solcher Vorschlag muss entschieden abgelehnt werden. Die meisten Arbeitnehmer haben ein Gehalt, das ihnen gerade zum Leben ausreicht, sie haben fixe Kosten für Miete, Krankenkassenprämien, Lebensmittel, die Ausbildung der Kinder. Es ist nicht zumutbar, dass sie in einem Jahr zum Beispiel 35 000 Franken verdienen, im nächsten Jahr nur 20 000 Franken. Etwas anderes ist, wenn jemand heute 200 000 Franken verdient und morgen nur noch 150 000 Franken. Flexibilität bei den Topmanagern und bei den Dividenden und Tantiemen ja, aber nicht beim Gros der Arbeitnehmer, die auf ein regelmässiges Einkommen angewiesen sind.

Besten Dank für das Interview!

Zur Person des Interviewten:

Dr. Richard Müller, 1913 geboren, Abschluss 1940 als Dr. oec. publ. in Zürich, Nationalrat seit 1963, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes seit 1978.